



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Antwort

auf die

Dringliche Interpellation Nr. 115 2004/2008

von Rolf Hilber

namens der CVP-Fraktion

vom 5. Dezember 2005

**Wurde anlässlich der
16. Ratssitzung vom
15. Dezember 2005 beant-
wortet.**

Berufliche Ausbildung in der Stadt Luzern

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Im Zuge der Aufgaben- und Finanzstromentflechtung wurde die Gewerbliche Berufsschule der Stadt Luzern auf den 1. Januar 2003 in kantonale Trägerschaft übergeführt. Seither zeichnet, wie der Interpellant richtig erkannt hat, der Kanton für die Berufsbildung verantwortlich. Der Stadtrat hat somit keine Entscheidungsgewalt mehr hinsichtlich der sich hier stellenden Fragen.

Den jedenfalls zurzeit noch steigenden Schülerzahlen und dem Anspruch, die Qualität und Attraktivität der Berufsbildung mindestens zu halten bzw. noch zu steigern, stehen knappe finanzielle Mittel von Bund und Kanton gegenüber. Mit dem Projekt STEP sollten gemäss Auskunft des Kantons geeignete Massnahmen getroffen werden, um diese Ambivalenz zu bewältigen. Basierend auf einer Analyse der heutigen Situation und der künftigen Herausforderungen legte der Regierungsrat folgende strategische Zielsetzungen fest:

1. Mit der Konzentration von inhaltlich verwandten Berufen an einem einzigen Schulstandort sollen Kompetenzzentren von grösserer Ausstrahlung und Innovationskraft geschaffen und die Betriebskosten reduziert werden. Gleichzeitig sollten die akuten Raumprobleme der einzelnen Berufsbildungszentren sowie der absehbare zusätzliche Raumbedarf (wegen steigender Schülerzahlen und teilweise höherer Schulanteile) gelöst werden.
2. Durch die Reorganisation der Berufsfachschulen sollten die Kosten für die Leitung, Administration und übergreifende Dienste wie Finanzen, Controlling und Informatik gesenkt, die Abläufe vereinfacht und insgesamt kundenfreundlicher und reaktionsschneller gearbeitet werden.
3. Entsprechend der Vorgabe des neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes sollten überdies die Verbundpartnerschaft zwischen Berufsfachschulen, Lehrbetrieben und Be-

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

rufsverbänden gestärkt und die Kommunikation mit allen Partnern der Berufsbildung intensiviert werden.

Schulortszuteilung

Im Teilprojekt Schulortszuteilung ging es um die Erarbeitung von Grundlagen für die Bildung von Kompetenzzentren. Dabei wurden mehr als 70 verschiedene Varianten geprüft und gegen ein Dutzend durchgerechnet.

Schliesslich entschied sich die Projektgruppe für eine Variante mit der Bezeichnung „SMART“. Sie beinhaltet im Wesentlichen Folgendes:

- Verzicht auf die Erweiterung für die ICT-Berufe am BBZ Sursee. Die ICT-Berufe werden durch Umplatzierung anderer Berufe in den bestehenden Räumlichkeiten des BBZ Sursee untergebracht.
- Verzicht auf ein neues Kompetenzzentrum für alle Automobilberufe am BBZ Sursee. Die Automobiltechnik bleibt am Standort Luzern, wo neu auch die Karrosserietechnik domiziliert sein wird.
- Die Automobilberufe verbleiben am Standort BBZL Bahnhof. Die restlichen Bauberufe werden zusammen mit den gewerblichen Berufen neu im Zentrum BBZL Heimbach unterrichtet.
- Die Lebensmittelberufe, die teilweise schon heute in Willisau beheimatet sind, werden zusammen mit den Gastronomieberufen am BBZ Willisau zu einem Berufsfeld zusammengeführt.

Die für diese Variante SMART erforderlichen Investitionskosten (inkl. Bau einer Dreifachturnhalle in Sursee) konnten mit **14,7 Mio. Franken** praktisch halbiert werden. Durch den Verzicht auf einen Schulraumneubau wären gemäss Überlegungen der Projektgruppe nicht nur die Investitionen, sondern auch die künftigen Betriebskosten geringer, was der Berufsbildung mehr finanziellen Spielraum für inhaltliche Aufgaben gäbe.

Anlässlich der Sitzung der Projektsteuerungsgruppe vom 13. Dezember 2005 entschied diese sich, „den Dialog mit den verschiedenen Anspruchsgruppen erneut aufzunehmen und eine konsensfähige Lösung zu erreichen“. Sie erklärte deshalb die Schulortszuteilung als noch nicht entscheidungsreif und stellte dem Bildungs- und Kulturdepartement des Kantons ein entsprechendes Begehren.

Der Stadtrat beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1.:

Der Stadtrat steht selbstverständlich nach wie vor hinter der beruflichen Aus- und Weiterbildung, ist doch der in der Schweiz verankerte duale Ausbildungsweg mit Berufslehre und

Berufsschule mit den drei gewerblichen Schulstandorten Bahnhof, Heimbach, Weggismatt bzw. den beiden kaufmännischen Standorten Dreilinden und Landenberg seit Jahren in der Stadt verankert.

Zu 2.:

Der Stellenwert der Integration in der Berufsbildung ist für den Stadtrat unbestritten und steht im Zusammenhang mit der Konzentration von Berufsausbildungen an einzelnen Standorten nicht zur Diskussion.

Zu 3.:

Der Eindruck, dass im Bereich der Berufsbildung seit der Übernahme durch den Kanton eine Abbaustimmung herrscht, ist unrichtig. In der heute finanzknappen Zeit ist es unabdingbar, die vorhandenen Ressourcen zu optimieren, was mit dem vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Reorganisationsprojekt erreicht werden soll. Alle bestehenden Berufsbildungsangebote bleiben erhalten, kein einziges wird abgebaut. Die Konzentration von inhaltlich verwandten Berufen an einem einzigen Schulstandort ist in der heutigen Zeit knapper Staatsfinanzen ein Gebot der Stunde.

Zu 4.:

Der Stadtrat setzt sich nach wie vor für den Bildungsstandort Luzern ein, der durch die vorgesehene Reorganisation nicht gefährdet worden wäre, würden doch gesamthaft betrachtet die drei Berufsbildungszentren Bahnhof, Heimbach und Weggismatt nach der Neuzuteilung der verschiedenen Berufe eine Auslastung zwischen 82 und 95 Prozent ausweisen. Die Zahl der Lernenden, welche in der Stadt Luzern die Berufsschule besuchen, würde sogar um ca. 200 zunehmen. Der Stadtrat hat Verständnis dafür, dass die direkt Betroffenen von der Verlegung der Gastro-Berufsbildung nach Willisau nicht erbaut sind. Zumal das touristische Zentrum der Zentralschweiz sich in Luzern befindet und deshalb auch eine grosse Zahl von Lehrbetrieben sich in der Region befinden. Sollte die Projektgruppe des Kantons diesbezüglich keine befriedigende Lösung finden, wäre der Stadtrat bereit, mit dem Regierungsrat das Gespräch zu suchen mit der Bitte, das Reorganisationsvorhaben nochmals zu überdenken und wenn möglich eine für sämtliche Gastro-Berufe bessere Lösung zu finden.

Stadtrat von Luzern
StB 1213 vom 14. Dezember 2005